

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2017-01-16

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen  
/Beiräte  
Bearbeiter/in: Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Telefon: (03 85) 5 45 29 70

**Antrag  
Drucksache Nr.**

01020/2017

**öffentlich**

## Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

## Betreff

Verbesserung der Situation des Radverkehrs in der Gadebuscher Straße wirtschaftlich, sparsam, naturschutzgerecht und anwohnerorientiert umsetzen

## Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Verbesserung der Bedingungen für den Radverkehr in der Gadebuscher Straße im Interesse der Bürgerinnen und Bürger so umzusetzen,

- 1.) dass dies der Absicht des Stadtvertreterbeschlusses 01442/2013 entspricht und zwar unter der Maßgabe, einen beidseitigen Fußweg (Radfahrer frei) anzulegen bzw. auszubauen,
- 2.) dass dabei die Anlieger so wenig wie möglich finanziell belastet werden,
- 3.) dass nur die Baumaßnahmen planerisch weiter verfolgt werden, die insbesondere unter Einbeziehung der Folgekosten für die Unterhaltung der Wege die wirtschaftlichsten und sparsamsten Baumaßnahmen sind,
- 4.) dass dabei Eingriffe in den Kronentraufbereich der Alleebäume weitestgehend vermieden werden und
- 5.) dass die Fachausschüsse der Stadtvertretung an der Variantenfindung beteiligt werden und darüber abstimmen können.

## Begründung

Mit Beschluss vom 17.6.2013 beauftragte die Stadtvertretung die Stadtverwaltung, den Ausbau bzw. die Wiederherstellung je eines Fußweges/für Radfahrer frei in der Gadebuscher Straße rechte Seite stadteinwärts und auf der rechten Seite stadtauswärts zu prüfen (Ausbau/Wiederherstellung des Fuß- und Radweges Gadebuscher Straße, DS 01442/2013). Dies erfolgte mit der Absicht, die Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer in der Gadebuscher Straße zu verbessern.

Die folgende Bearbeitung dieses Antrages durch die Stadtverwaltung erfolgte nach unserer Einschätzung in ungeeigneter Weise. Im Ergebnis kommt es aktuell zu Protesten von Bürgerinnen und Bürgern im betroffenen Stadtteil Lankow und zu starken Verzögerungen bei der Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen.

Die fehlerhaften Abläufe beginnen schon damit, dass es sich mit dem Antrag (Ausbau/Wiederherstellung des Fuß- und Radweges Gadebuscher Straße, DS 01442/2013) um einen Prüfantrag handelte. Im Ergebnis dieses Prüfprozesses hätte eine Informationsvorlage an die Stadtvertretung gegeben werden müssen. Dies erfolgte nicht.

Die Stadtverwaltung erarbeitete im Ergebnis ihrer Prüfung mehrere Wegebauvarianten, ließ aber die Fachausschüsse nicht an ihrem Erkenntnisprozess teilhaben. Auch leitete sie keinen Abstimmungsprozess in den Fachgremien ein. Einzig der Ortsbeirat Lankow wurde in gewissen Abständen und dies meist nach Nachfrage über den Planungsstand informiert. Gleichzeitig begann die Verwaltung - ebenfalls ohne zuvor eine Beschlusslage herbeizuführen - die Akquise von Fördermitteln. Im Ergebnis verfolgt nun bisher die Verwaltung eine Vorzugsvariante, die bei den Anwohnerinnen und Anwohnern zu großen Teilen keine Akzeptanz findet. Diese Variante beinhaltet die Anlage eines neuen beidseitigen Radweges parallel zu den bisherigen Gehwegen. Die ursprüngliche Maßgabe des Stadtvertreterbeschlusses vom 17.6.2013, die Anlage von beidseitigen Fußwegen/Radfahrer frei, geriet dabei aus dem Blickfeld.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und der BürgerInnenakzeptanz halten wir es für geboten, dass die Stadtvertretung über die geeignete Variante entscheidet.

#### **über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr**

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

#### **Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:**

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

#### **Anlagen:**

keine

gez. Cornelia Nagel  
Fraktionsvorsitzende